

# Neues aus Stelle

und aus  
Achterdeich • Ashausen • Büllhorn  
Fliegenberg • Rosenweide • Wuhlenburg



**ORTSVEREIN  
STELLE  
SPD**

[www.spd-stelle.de](http://www.spd-stelle.de)

**An alle Haushalte**

**24.4.2014**

Die Themen:

## Biogasanlage und Gewässerschutz und Landrats- und Europawahl



### Biogasanlage – quo vadis?

In den letzten Wochen haben wir uns wieder intensiv mit diesem Thema beschäftigt.

Wir bewegen uns in einem Spannungsfeld, in dem wir die berechtigten Sorgen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die rechtsstaatlichen Beschränkungen bei Lärm,

Geruch und Verkehr, aber auch den grundsätzlich positiven Beitrag von Biogasanlagen zur „Energiewende“ und die wirtschaftlichen Interessen der Betreiber zu berücksichtigen haben.

Wir haben uns die Entscheidung bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht leicht gemacht, haben für größtmögliche Transparenz gesorgt

mehr mit den Einwendungen der Träger öffentlicher Belange sowie der Bürgerinnen und Bürger befassen.

Auch die Aspekte des Grundwasserschutzes gehen in unsere Überlegungen mit ein.

Erst wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, werden wir für uns zu einer Entscheidung gelangen.



Bernd Henke  
SPD-Fraktionsvorsitzender

**BÜRGERBUS STELLE -  
OHNE IHREN EINSATZ  
GEHT ES NICHT**

Lesen sie den Aufruf auf Seite 2

# **Biogas und Gewässerschutz**



Ein Beitrag von Jürgen Neubauer, SPD, Mitglied des Steller Gemeinderates.

Neben Verkehr verursacht eine Biogasanlage auch Geruchs- und Schallemissionen. Hierzu liegen für die geplante Anlagenerweiterung umfangreiche Fachgutachten vor.

Anders beim Gewässerschutz.

Die Anlage erzeugt mit jährlich 18.500 t auch erhebliche Mengen an Gärresten, die ca. 100 t Stickstoff enthalten. Hieraus entsteht bei einer über den Pflanzenbedarf hinausgehenden Ausbringung auf landwirtschaftliche Flächen Nitrat, das mit dem Niederschlag in das Grundwasser ausgewaschen wird.

Bei hydrogeologisch ungünstigen Bedingungen kann das Grundwasser innerhalb weniger Jahre so hoch mit Nitrat belastet sein, dass es als Trinkwasser nicht mehr verwendet werden darf. Dies ist zum Beispiel in Niedersachsen im Oldenburgischen der Fall.

Bei günstigen Bodenbedingungen kann dieser Prozess einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Er ist jedoch bei Überdüngung mit Stickstoff immer wirksam. Von den 18.500 t Gärresten – Ein See von 100 x 100 m

Kantenlänge, 1,85 m tief – sollen 60% in unserem Wasserschutzgebiet Ashausen / Winsen / Stelle ausgebracht werden.

Gleichzeitig werden aus diesem Gebiet jährlich 2,85 Mio. cbm Trinkwasser gewonnen, die ca. 65.000 Einwohner in Stelle, Winsen und Seevetal versorgen. Ob hier bereits ein Problem besteht - die Düngung mit stickstoffhaltiger Gülle erfolgt bereits seit Jahrzehnten - oder ob Bedenken unbegründet sind oder ob sie sich vielleicht erst abzeichnet, wird durch kein Gutachten untersucht.

Dabei wäre dies ohne Schwierigkeiten möglich: Seit 25 Jahren wird das Wasser im oberen Grundwasserstockwerk regelmäßig untersucht. Aus 40 Messstellen liegen ca. 1000 Messergebnisse allein zum Stickstoff vor.

Leider behandelt der Wasserbeschaffungsverband Harburg diese Messwerte als seinen persönlichen Besitz.

So hat er sein daraus gewonnenes Wissen trotz seiner offiziellen Beteiligung nicht in das Verfahren der Gemeinde Stelle zur frühzeitigen Planauslegung eingebracht.

Und von mir persönlich verlangt der Wasserbeschaffungsverband Euro 300,00 für die Übermittlung der Daten.

Erstaunlich ist, dass die Verwaltung sich sehr lange nicht um die Beschaffung der Daten bemüht hat.

## **BÜRGERBUS STELLE – NUR MIT IHRER HILFE**

Liebe Steller Bürger, die Steller SPD setzt sich weiterhin für die Schaffung eines innerörtlichen Linienbusverkehrs ein. Wir stellen uns das so vor:

Der Bus fährt von Wuhlenburg über Rosenweide und Fliegenberg nach Stelle und dann weiter über Achterdeich, Ashausen nach Büllhorn. Und natürlich auch zurück.



Das Konzept Bürgerbus sieht vor, dass die Nutzer mit den Fahrpreisen und die Gemeinde die Busse finanziert. Die Busfahrer sind ehrenamtlich tätig.

**Wir suchen Steller Bürger, die bereit wären, als ehrenamtliche Busfahrer und Busfahrerinnen ihr Fahrkönnen und ihre Zeit in den Dienst des Bürgerbusses zu stellen. Wenn Sie Interesse daran hätten, melden Sie sich bitte bei Bernd Henke Tel. 5098 oder Werner Klein Tel. 4117**

# Landrat: Nicht Verwaltungsjob, sondern Aufgabe an den Bürgern!



Mit unserer Bundestagsabgeordneten Svenja Stadler

Der Landrat ist zum einen Chef unserer Kreisverwaltung und weiter ein Repräsentant des Landkreises Harburg. Ich finde durchaus treffend kann er auch als „Bürgermeister des Landkreises“ bezeichnet werden.

Einen größeren Anteil seiner Arbeitszeit nehmen externe Termine ein. Bei Gesprächen in Ministerien in der Landes- oder Bundeshauptstadt kann es zum Beispiel um mögliche Fördermittel für den Landkreis gehen oder welche Auswirkungen geplante Gesetzesänderungen oder Vorhaben auf die Praxis vor Ort und damit auf den Landkreis, seinen Gemeinden und die Bürgerinnen und Bürger hätten.

Landrat zu sein, ist daher viel mehr als „nur“ eine Verwaltung zu leiten.

Die Arbeit eines Landrates findet für mich zwischen politischen sowie den wirtschaftlichen Ebenen und besonders mit den Bürgern, der Kreispolitik und Kreisverwaltung statt.

Jedoch bilden Kontakt und das Gespräch – also Bürgernähe und Beteiligung – unabdingbar die Basis, auf die die Arbeit eines Landrates ruhen muss. Denn wie sonst sollte es zu erklären sein, dass am 25. Mai hier mehr als 200.000 Wählerinnen und Wählern aufgerufen sind, zu entscheiden, wer als neuer Landrat diese Aufgabe übernehmen soll. Den Ausgleich zwischen Einzelinteressen suchen zu wollen, nah und ansprechbar zu sein, zuverlässig und ehrlich an die Arbeit zu gehen, ist das, was ich neben der Verwaltungsleitung als Aufgabenstellung an einen heute modernen Landrat sehe. Wenn es also etwas gibt, was sich in Zukunft ändern muss, dann der Punkt, dass der neue Landrat viel stärker als Ideengeber und Moderator zwischen Bürgern, Kreispolitik und der Kreisverwaltung tätig werden muss. Weiter nur „Verwaltung“ zu sein, käme einem völligen Stillstand gleich.

Ein Landrat als Bürger-Landrat! Dafür bin ich seit Wochen und Monaten „On Tour“ im Landkreis Harburg. Das ist meine Art und besonders auch mein Angebot an Sie, verehrter Leser, bei ihnen vor Ort um das notwendige Vertrauen zu werben und für die Landratswahl am 25. Mai um ihre Wählerstimme zu bitten. Dafür, vielen Dank!



**Herzlichst**  
**Ihr Thomas Grambow - Ihr Bürger-Landrat**

## **Zur Person von Thomas Grambow**

Ich bin 1963 in Hamburg geboren, verheiratet, wir haben erwachsene Kinder und wohnen seit Sommer 2000 im Landkreis Harburg, in Neu Wulmstorf. Nach Schule und Berufsausbildung zum Maschinenschlosser verpflichtete ich mich als Offizier auf Zeit (12 Jahre) und später als Einsatzreservist bei der Bundeswehr, die ich 2006 im Range eines Oberstleutnant der Reserve verließ. Ein sich anschließendes Fachhochschulstudium im Ausbildungszentrum für Verwaltung in Kiel und Reinfeld (Schleswig-Holstein) beendete ich mit dem Abschluss zum Diplom-Verwaltungswirt (FH). Zunächst bei der See-Berufsgenossenschaft in Hamburg tätig wechselte ich 2008 im Zuge einer Fusion zur Knappschaft. Im Zweig der gesetzlichen Krankenversicherung bin ich heute als Regionalcontroller tätig und wirke bei der Überwachung unseres regionalen Budgets in Höhe von etwa 340 Mio. Euro mit. Seit 2006 in der Kommunalpolitik engagiert und aktiv vor Ort und im Kreis bin ich heute 1. Stellv. Bürgermeister meiner Gemeinde. Neben Funktionen in der SPD bin ich in den Vorständen von SoVD und DRK tätig. Über das Internetportal „Bei-uns-in-Neu-Wulmstorf“ bin ich als Schirmherr der Aktion „Jeder Euro hilft“ aktiv.

# EUROPAWAHL 2014

Die Europawahl findet in allen europäischen Mitgliedstaaten in der Zeit vom 22.-25. Mai 2014 statt. Der Wochentag der Wahl orientiert sich dabei an den traditionellen Wahltagen im jeweiligen Land.

In Deutschland ist dies der Sonntag – am 25. Mai 2014 ist Wahltag.

Die SPD tritt mit einer Bundesliste zur Europawahl an, das heißt: Je mehr Wählerinnen und Wähler ihr Kreuz bei der SPD machen, desto mehr Abgeordnete der SPD werden dem neuen Europäischen Parlament angehören.



**Bernd Lange ist Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD und steht auf Platz 5 der Bundesliste.**

## Zur Person

Bernd Lange ist in Varel, Landkreis Friesland aufgewachsen, er hat in Göttingen Politikwissenschaft und Theologie studiert. Mit seiner Familie wohnt er in Burgdorf in der Region Hannover

- Seit Juli 2009 (und von 1994 bis 2004) Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD Niedersachsen; im Europäischen Parlament handelspolitischer Sprecher der Europäischen Sozialdemokraten; Berichterstatter des Europäischen Parlaments für Industriepolitik und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie,
- Von 2004 bis 2009 Abteilungsleiter „Wirtschaft, Umwelt und Europa“ beim Deutschen Gewerkschaftsbund-Niedersachsen
- Vor 1994 Schuldienst am Burgdorfer Gymnasium
- Hobbys: Motorradfahren, Oldtimer und alles rund ums Wasser

Alle zwei Wochen Aktuelles aus Europa im Newsletter »Europa-Info«.

**HIER ANMELDEN:**  
[www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info](http://www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info)

## Politikwechsel für Europa

Erstmals ziehen die europäischen Sozialdemokraten mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten in den Wahlkampf. Unser Kandidat ist Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments. Wir wollen, dass er der neue EU-Kommissionspräsident, also EU-Regierungschef, wird. Das Parlament wird diesen neuen Regierungschef wählen.

Nur mit einem Sozialdemokraten an der Spitze der EU können wir unsere Politik für ein anderes, besseres Europa durchsetzen. Dafür brauchen wir im Parlament eine starke sozialdemokratische Fraktion.

Unterstützen Sie den Wechsel für ein Europa nah an den Menschen: Faire Löhne ohne Sozialdumping, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Gleichstellung von Frauen und Männern, Steuerflucht bekämpfen, Verbraucher schützen, Finanzmärkte regulieren.

**Für ein Europa der Demokratie am 25. Mai SPD wählen.**

## **Boykott von Klassenfahrten**



In Winsen und anderswo demonstrierten in den letzten Monaten Schüler-innen und Schüler von Gymnasien für ihre Lehrer und den Erhalt von Klassenfahrten.

Aus der Sicht von Schülern sicherlich verständlich. Verschwiegen wurde allerdings der Öffentlichkeit, dass die Gymnasiallehrer aus Nieder-

sachsen ohnehin in der komfortablen Situation sind, die wenigsten Pflichtstunden in der Woche (23,5) unterrichten zu müssen.

Lehrer in Bayern haben 27,5 Unterrichtsstunden; Lehrer in Hamburg 26. Selbst bei der geplanten Erhöhung um eine Stunde sind sie im Ranking immer noch sehr viel besser gestellt als die Mehrheit ihrer Kollegen anderer Bundesländer.

Dem Schulelternrat des Luhe-Gymnasiums fehlt es bei diesen Protestaktionen an Verständnis, weshalb Lehrer bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber Schülerinnen und Schüler „instrumentalisieren“; nicht sie selbst suchen die tarifpolitische Auseinandersetzung.

Sie lassen andere kämpfen. Mit dem Boykott von Klassenfahrten ein leichtes Spiel. Welches Kind möchte darauf schon verzichten?

Ich finde es schade, dass Schulen auf diese Weise und nicht anders auf sich aufmerksam machen. Denn dazu hätten sie allen Grund: Die Belastung der Lehrkräfte ist in der Tat sehr hoch; bei immer mehr Kindern werden sozial-emotionale Störungen festgestellt. Das wirkt sich sehr auf das soziale Miteinander in den Klassen aus. Die Arbeit mit Kindern, sei es als Lehrer, Sozialarbeiter oder Erzieher erfordert ein hohes Maß an Belastbarkeit und findet leider in der Gesellschaft wenig Anerkennung. Viele Pädagogen gehen aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand. Das wären Gründe für eine große öffentlich-politische Debatte. Boykott von Klassenfahrten treffen in erster Linie die Kinder und nicht die eigentlichen Probleme im Hintergrund. Übrigens ist auch die Belastung von Kindern in der Schule sehr groß. Die Verkürzung der Gymnasialzeit hat auch dazu beigetragen. Deshalb sind die Planungen der jetzigen Landesregierung, die Gymnasialzeit wieder um ein Jahr zu verlängern, sehr zu begrüßen.

Kristina Schneider, SPD Kreistagsabgeordnete

## **Europäischer Gerichtshof stärkt die Grundrechte aller Europäer**



Am 9. April 2014 hat der europäische Gerichtshof (EuGH) ein geradezu bahnbrechendes Urteil zum Thema Vorratsdatenspeicherung gesprochen. Das höchste europäische Gericht hat in diesem Urteil die europäische gesetzliche Regelung zur Vorratsdatenspeicherung für unwirksam

erklärt. Demnach durften in allen Mitgliedsstaaten sämtliche Verbindungsdaten für bis zu 24 Monate gespeichert werden, ohne dass es hierfür eines konkreten Anlasses bedurfte. Es konnte also kontrolliert werden, wer mit wem wann telefoniert, wer sich mit wem E-Mails schreibt, wo genau sich Mobiltelefone befinden. Diese Regelung hält der Europäische Gerichtshof für unwirksam, da sich die Bürgerinnen und Bürger Europas ständig überwacht fühlen würden.

Gleichzeitig stellt der EuGH aber auch klar, dass eine Vorratsdatenspeicherung unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. So dürften die persönlichen Daten der Europäer gespeichert werden, wenn Anhaltspunkte für eine schwere Straftat vorliegen. Zudem müsste ein Richter über diese Frage entscheiden. So werden die berechtigten Interessen der Sicherheitsbehörden berücksichtigt, ohne jeden Einzelnen von uns per se verdächtig zu machen.

Die Entscheidung des europäischen Gerichtshofs ist aber noch unter einem anderen Aspekt sehr interessant. Bisher galt der EuGH als „EU-freundlich“, da Gesetze aus Brüssel nur sehr selten für unwirksam erklärt wurden. Dieses Bild des EuGH ist sicherlich nicht (mehr) richtig. Schließlich macht der EuGH in dieser Entscheidung deutlich, für wie wichtig er die Freiheiten des Bürgers über seine persönlichen Daten hält.

Es bleibt also zu hoffen, dass der EuGH ein gewichtiges Wort beim Thema Datenschutz in Europa mitsprechen wird. Es sei an die aktuelle Bedeutung dieses Themas vor dem Hintergrund des anhaltenden NSA-Skandals erinnert. Hier wurde bereits deutlich, dass sich Deutschland alleine nicht gegen die Interessen der US-Geheimdienste durchsetzen kann. Dies mag auf europäischer Ebene anders aussehen. Hier spricht die EU-Kommission für die Interessen von 330 Millionen Menschen, ein gewichtiger Unterschied.

Alexander Deierling, Rechtsanwalt  
stellv. SPD Ortsvorsitzender

# Liebe Mitbürgerinnen,

# liebe Mitbürger!

Wenn ich Menschen über die Europäische Union reden höre, dann sprechen sie meist über die Milliarden Euro, die uns das kostet (nicht nur wegen der Bankenkrise). Sie regen sich darüber auf, wie die Bürokratie uns mit unsinnigen Vorschriften bevormundet und gängelt. Manche erkennen Demokratiedefizite bei den Institutionen der EU.

Kurz gesagt: viele Menschen haben kein Vertrauen mehr in die EU. Europa steckt in einer Krise!

## **Warum sieht eigentlich niemand die Errungenschaften?**

So wurden, von der medialen Öffentlichkeit fast unbemerkt, in den letzten Monaten erstaunliche Fortschritte beim EU-weiten Austausch von Finanzdaten erreicht. Nunmehr beteiligen sich an diesem System, das Steuerhinterziehung deutlich erschwert, auch Luxemburg und Österreich. Hier zeigt sich der Stellenwert ausdauernder Verhandlungen, also der Wert der Diplomatie.

Den Beginn dieses Jahre währenden Prozesses machte übrigens das Kavallerie-Zitat eines ehemaligen Kanzlerkandidaten der SPD!

Auch gibt es das unglaublich erfolgreiche Erasmus-Programm. In nicht einmal 30 Jahren haben Millionen junger Europäer im Rahmen ihrer Ausbildung oder ihres Studiums mehrere Monate in einer neuen, aber doch irgendwie vertrauten Kultur gearbeitet und gelebt. Noch vor wenigen Jahrzehnten war das unvorstellbar. Die EU ermöglicht es uns innerhalb aller 28 Mitgliedsstaaten ohne Handelsbeschränkungen Geschäfte zu tätigen.

Als Exportnation profitieren wir davon enorm. Schließlich haben wir durch die EU seit 69 Jahren Frieden in unserem Land. Ich selbst und meine Kinder kennen Krieg nur aus dem Fernsehen und von den Erzählungen unserer Eltern und Großeltern. Und natürlich möchte ich, dass nachfolgende Generationen ebenfalls in Frieden leben können.

Das ist keine Selbstverständlichkeit und wie schnell neue Krisenherde entstehen können sehen wir gerade in der Ukraine.

Die EU hat Menschen und Staaten zusammengebracht und das betrifft uns praktisch alle!

## **Das sollte, ja das muss uns ein Kreuz wert sein.**

Vom 22.bis 25. Mai hat Europa und am 25. Mai hat Deutschland die Wahl. Gemeinsam entscheiden Bürgerinnen und Bürger der EU über die zukünftige Politik und damit auch über die Zukunft der EU.

Erstmals wird mit der Wahl zum europäischen Parlament auch der Kommissionspräsident, also der Regierungschef, von den Abgeordneten des neuen Parlaments gewählt.

Die europäischen Sozialdemokraten treten mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten an. Es ist der deutsche Sozialdemokrat und Präsident des EU – Parlaments Martin Schulz. Wir wollen, dass er der nächste Kommissionspräsident wird und die EU solidarisch erneuert.

## **Wie bereits erwähnt: das muss uns ein Kreuz wert sein.**



*Michael Feske*

*SPD Ortsvereinsvorsitzender*

**Herausgeber:** SPD-Ortsverein Stelle  
**Layout und Gestaltung:** Werner Klein, 21435 Stelle Tel. 04174 - 4117  
**Druck:** Verlag für faire Werbung, 21271 Hanstedt

**Redaktion:**

Michael Feske, 21435 Stelle, Tel. 04174 - 743279  
Bernd Henke, 21435 Stelle, Tel. 04174 - 5098,  
Kristina Schneider, 21435 Stelle, Tel 04174 - 5316  
Jürgen Neubauer, 21435 Stelle, Tel 04174 - 594145  
Alexander Deierling, 21435 Stelle Tel. 04174 - 598 55 75